

TRINIDAD UND TOBAGO: BEHÖRDEN MÜSSEN ABSCHIEBUNG VON GEFLÜCHTETEN UND ASYLBEWERBERN STOPPEN

17. Aug. 2023 | Pressemitteilung

Als Reaktion auf die Abschiebung von 98 venezolanischen Staatsangehörigen durch die Behörden von Trinidad und Tobago am Wochenende sagte Erika Guevara Rosas, Direktorin für Nord- und Südamerika bei Amnesty International:

"Das jüngste Vorgehen der Behörden in Trinidad und Tobago ist äußerst alarmierend. Die Menschenrechtskrise und die komplexe humanitäre Notlage in Venezuela ist so groß, dass 25 % der Bevölkerung in den letzten Jahren aus dem Land fliehen mussten, und diese Zahl steigt weiter an. Das Völkerrecht lässt keinen Zweifel zu: Geflüchtete und Asylsuchende in aller Welt dürfen nicht dorthin zurückgeschickt werden, wo ihr Leben und ihre Unversehrtheit gefährdet sind. Niemand darf einer Massenabschiebung ausgesetzt werden.

"Mehr denn je müssen die Staaten in Nord- und Südamerika die Rechte von Asylbewerber*innen und Geflüchteten garantieren, einschließlich derer aus Venezuela, die dringend internationalen Schutz benötigen. Darüber hinaus müssen die Regierungen in der Region ihre Bemühungen verstärken, um Staaten, die Geflüchtete und Migrant*innen inmitten humanitärer Krisen aufnehmen, Hilfe und Unterstützung zukommen zu lassen."

Alle Personen, die gezwungen sind, vor den massiven Menschenrechtsverletzungen in Venezuela zu fliehen, benötigen unabhängig von ihrem Migrationsstatus eine menschenrechtskonforme Antwort unter strikter Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung. Nach Informationen von Amnesty International befanden sich unter den abgeschobenen Personen auch Personen mit Asylbewerber- und Flüchtlingsstatus.

Amnesty International hatte zuvor vor der prekären Lage von Geflüchteten und Asylsuchenden in Trinidad und Tobago gewarnt, nachdem der Oberste Gerichtshof am 4. Juli entschieden hatte, dass der Grundsatz der Nichtzurückweisung in dem Land nicht gilt. Das Urteil verstößt gegen die Verpflichtungen, die sich aus den internationalen Flüchtlings- und Menschenrechtsgesetzen ergeben, einschließlich der Konvention von 1951 über die Rechtsstellung der Geflüchteten, die Trinidad und Tobago unterzeichnet hat.

Amnesty International fordert die Behörden von Trinidad und Tobago dringend auf, ihre rechtlichen Verpflichtungen und die internationalen Menschenrechtsvorschriften einzuhalten, einschließlich des absoluten Grundsatzes der Nichtzurückweisung von Personen, wenn ihr Recht auf Leben und Freiheit von Folter oder anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe gefährdet ist. Die Abschiebung von Personen, die an ihren Herkunftsorten von Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen bedroht sind, muss unbedingt sofort gestoppt werden.

<https://amnistia.cl/noticia/trinidad-y-tobago-autoridades-deben-dejar-de-deportar-a-personas-refugiadas-y-solicitantes-de-asilo/>

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2023/08/trinidad-tobago-must-stop-deporting-refugees/>

